

Gemeinsame Erinnerung als Schritt in die Zukunft
Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen – Geschichte in Europa gemeinsam aufarbeiten

- Aufruf -

Seit einiger Zeit gibt es eine vertiefte Debatte über ein dunkles Kapitel europäischer Geschichte des 20. Jahrhunderts – die Geschichte von Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen. Ein Aspekt dieser Debatte ist die Frage der Errichtung eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen. Der Deutsche Bundestag hat in einer Entschließung vom 4. Juli 2002 angeregt, einen europäischen Dialog über diese Frage zu beginnen. In der Mitte Europas wird dieser Dialog inzwischen grenzüberschreitend auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen geführt. In vielen ostmitteleuropäischen Ländern gibt es seit dem Sieg von Freiheit und Demokratie 1989/90 eine rege Diskussion über diese, in der kommunistischen Zeit nicht bearbeitete Geschichte.

Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen haben in Europa furchtbares Leid über Millionen unschuldiger Menschen gebracht. Erst jüngst wurden während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mehr als fünf Millionen Menschen wegen ihrer nationalen oder religiösen Zugehörigkeit vertrieben oder haben zeitweilig ihre Heimat verlassen müssen, viele Tausende wurden dabei ermordet. Eine Politik der sog. „ethnischen Säuberung“ zu Gunsten eines homogenen Staatsverbandes hat zu unfassbarem Elend geführt, das immer noch sichtbar und spürbar ist.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden zwischen 50 und 70 Millionen Europäer auf Grund ihrer ethnischen Herkunft, ihres nationalen Bekenntnisses oder ihrer Religion vertrieben, umgesiedelt oder zur Auswanderung aufgefordert, deportiert bzw. zu Fremd- und Zwangsarbeit gezwungen. Kulturelle Vielfalt wurde unwiderruflich vernichtet.

Die historischen Zusammenhänge von Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen im Europa des 20. Jahrhunderts sind recht verschieden. Das Leid der betroffenen Menschen aber ist sehr ähnlich und vergleichbar.

Aus unserer heutigen Sicht sind Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen Unrecht und deshalb abzulehnen. Sie setzen elementare Menschenrechte außer Kraft, verletzen das Völkerrecht, führen nicht selten zu Tod und Elend und dürfen deshalb kein Mittel der Politik sein. Vertreibungen sind immer Kollektivstrafen, die weitgehend unschuldige Menschen treffen.

Wir setzen uns für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen ein – als Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungsstätte. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Konzeption eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen von Anfang an von verschiedenen europäischen Partnern gemeinsam erarbeitet wird. Auch über den künftigen Sitz einer solchen Institution, ihre Trägerschaft und Organisationsstruktur sollte gemeinsam entschieden werden.

Die Gestaltung eines solchen Zentrums als vorwiegend nationales Projekt, wie es in Deutschland die Stiftung der Heimatvertriebenen plant, ruft das Misstrauen der Nachbarn hervor und kann nicht im gemeinsamen Interesse unserer Länder sein. Es birgt die Gefahr, das Leid der

Einen gegen das Leid der Anderen aufzurechnen und die sehr unterschiedlichen Ursachen und Kontexte von Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen zu vernachlässigen.

Angesichts der furchtbaren Geschichte, die uns Europäer in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts miteinander verbindet, wäre es ein großer Schritt in unsere gemeinsame Zukunft, wenn es uns im Zuge des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses gelänge, diese Geschichte gemeinsam zu schreiben und uns ihrer gemeinsam zu erinnern. So würde der Gefahr begegnet, sie immer wieder gegeneinander zu wenden.

Wenn es in der Mitte Europas gelingt, in der Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen und durch seine Errichtung, uns gemeinsam dieser schwierigen Geschichte zu stellen, wäre dies ein wichtiges Zeichen der Aussöhnung und des gegenseitigen Verständnisses für ganz Europa.

Aus der gemeinsamen Erinnerung erwächst auch ein gemeinsames Ziel: Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen sind Unrecht und für alle Zukunft als mögliches Mittel – nicht nur – europäischer Politik zu ächten.

Lasst uns diese Arbeit gemeinsamer Erinnerung beginnen und so miteinander an der Zukunft bauen!

Juli 2003

Aufruf – Appeal – Apel – Vyzva – Felhívás

- Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen**
- Plea for a European Centre Against Expulsions, Forced Resettlements and Deportations**
- Na rzecz Europejskiego Centrum przeciwko Wypędzeniom, Przymusowym Przesiedleniom i Deportacjom**
- Za Evropské centrum proti vypuzování, nucenému vysídlení a deportacím**
- Az elüldözések, kitelepítések és deportálások elleni európai központ létrehozásáért**

Unterzeichner

Stand: 5.9.2003

- Jozef Banáš, Abgeordneter, Mitglied des Slowakischen Nationalrates, Bratislava
- Eckhardt Barthel, MdB
- Cornelia Behm, MdB
- Pater Adam Boniecki, Chefredakteur von „Tygodnik Powszechny“, Krakau
- Prof. Dr. Władysław Bartoszewski, ehem. Außenminister, Warschau
- Marieluise Beck, MdB
- Klaus Uwe Benneter, MdB
- Rudolf Bindig, MdB
- Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Historisches Institut, Universität Warschau
- Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Brandes, Mitglied der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission, Düsseldorf
- Marco Bülow, MdB
- Nawojka Cieslinska-Lobkowicz, Generalsekretärin des polnischen Beraterforums für Verlagerte Kulturgüter, Warschau
- Piotr Cywinski, Vorsitzender v. Klub Inteligencji Katolickiej und v. Forum des Heiligen Adalberts, Warschau
- Frantisek Czerny, Botschafter a.D., Prag
- Dr. Krystyna Doktorowicz, Senatorin, Senat der Republik Polen
- Detlef Dzembitzki, MdB
- Jan Dus, Kommission für gesellschaftliche und internationale Angelegenheiten der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, Prag
- Dr. Marek Edelman, Lodz
- Ákos Engelmayer, Botschafter a.D., Warschau/Budapest
- Rainer Eppelmann, MdB
- Petra Ernstberger, MdB
- Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhruniversität Bochum
- Gerhard Frey-Reininghaus, Ökumenereferent der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder
- Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D., Bonn
- Prof. Ferenc Glatz, Budapest
- Günter Gloser, MdB
- Prof. Dr. Bronisław Geremek, ehem. Außenminister, Warschau
- Zbigniew Gluza, Präsident von KARTA, Warschau
- Árpád Göncz, Staatspräsident a.D., Budapest
- Katrin Göring-Eckardt, MdB, Fraktionsvorsitzende
- Prof. Dr. Jakub Goldberg, Hebräische Universität Jerusalem

- Günter Grass, Schriftsteller, Lübeck/Berlin
- Hans-Joachim Hacker, MdB
- Dr. Jörg Hackmann, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald
- Prof. József Hámori, Professor für Anatomie, Budapest
- Dr. Barbara Hendricks, MdB
- Prof. Dr. Jerzy Holzer, Warschau
- Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, ehem. MdB
- Dr. Mieczysław Janowski, Senator, Senat der Republik Polen
- Michael Kauch, MdB
- Imre Kertész, Schriftsteller, Budapest/Berlin
- Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB, Bundesministerin a.D.
- Helmut Lölhoeffel, Mediensprecher Veolia Water, Herausgeber des Informationsdienstes „Blick nach rechts“
- Prof. Dr. Michaela Marek, Universität Leipzig
- Dr. Alena Miskova, Karlsuniversität, Prag
- Dietmar Nietan, MdB
- Zbigniew Nosowski, Chefredakteur der Monatszeitschrift „Więź“, Warschau
- Dr. István Kovács, Dichter, Generalkonsul a.D. und Ehrenbürger von Krakau, Budapest
- Dr. Piotr Nowina-Konopka, Vize-Rektor, College of Europe, Natolin/Warschau
- Hans Koschnick, Präsident des DPI, Bürgermeister a.D., Bremen
- Prof. Tomas Kosta, Berater des tschechischen Ministerpräsidenten, Frankfurt/Main/Prag
- Adam Krzemiński, Kommentator in „Polityka“, Warschau
- Dr. Ungváry Krisztián, Institut für die Erforschung der ungarischen Revolution 1956, Budapest
- Prof. Dr. Jaroslav Kucera, Sozialwissenschaftliches Institut, Prag
- Professor Miroslav Kusý, Comenius Universität, Bratislava
- Kazimierz Kutz, Stellvertretender Senatspräsident, Senat der Republik Polen
- Prof. Dr. Hans Lemberg, Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission, Marburg
- Dr. Helmut Lippelt, ehem. MdB
- Prof. Dr. Nikolaus Lobkowicz, Mörsheim/Eichstätt
- PhDr. Petr Mareš, Stellv. Ministerpräsident, Tschechische Republik
- Prof. Dr. János Martonyi, Außenminister a.D., Budapest
- Markus Meckel, MdB
- Jerzy Montag, MdB
- Prof. Dr. Hans Mommsen, Feldafing
- Dr. Peter Morée, Evangelische Theologische Fakultät, Karlsuniversität Prag
- Prof. Dr. Michael G. Müller, deutscher Vorsitzender der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen, Universität Halle Wittenberge
- Prof. Dr. habil Stanisław Nicieja, Senator, Senat der Republik Polen
- Dr. Dr. hc. Tomasz Niewodniczański, ehem. Geschäftsführer Bitburger Brauerei
- Jan Nowak-Jezioranski, Publizist, Warschau
- Prof. Dr. Dr.h.c. Jaroslav Pánek, Vorsitzender des Tschechischen Nationalkomitees der Historiker, Prag
- Jacek Piechota, Staatssekretär, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Warschau
- Prof. Dr. Jiri Pešek, Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission, Institut für international Studien, Karls-Universität, Prag
- Petr Pithart, Vorsitzender des Senats, Tschechische Republik
- Senator Krzysztof Piesiewicz, Senat der Republik Polen
- Janusz Reiter, Botschafter a.D., Warschau
- Prof. Dr. Zbigniew Religa, Senator, Senat der Republik Polen

- Dr. Lydie Roskovcová, Synodalkuratorin der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, Prag
- Claudia Roth, MdB
- Michael Roth, MdB
- Jan Ruml, Vizepräsident des Senats, Tschechische Republik
- Dr. Tomáš Ružička, Kommission für gesellschaftliche und internationale Angelegenheiten der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, Kurator des Prager Seniorats
- Jan Rzymelka, Mitglied des Sejm
- Anna Sabatová, Vize-Ombudsfrau, Prag
- Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB
- Karl Johannes Fürst zu Schwarzenberg, Prag/Wien
- Karel Schwarzenberg, Schwarzenberg'sche Kanzlei Prag
- Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin Europa-Universität Viadrina,
- Pavel Seifter, Botschafter a.D., Prag/London
- Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister a.D., Internationaler Streitschlichter für die Föderation Bosnien-Herzegowina
- Karsten Schönfeld, MdB
- Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Karel Schwarzenberg, Schwarzenberg'sche Kanzlei, Prag
- Prof. Dr. Dorota Simonides, Senatorin, Senat der Republik Polen
- Prof. Vladimir Slapeta, Tschechische Technische Universität, Prag
- Prof. Dr. Jan Sokol, Dekan, Karlsuniversität Prag
- Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, MdB, Vorsitzende des Innenausschusses
- Pavel Smetana, Synodalsenior der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder
- Prof. Dr. Holm Sundhausen, Freie Universität Berlin
- Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D.
- Dr. Max Stadler, MdB
- Silke Stokar von Neuforn, MdB
- Vilmos Szabó, Staatssekretär, Budapest
- Prof. Dr. Rudolf von Thadden, Berater des Berlin-Brandenburgischen Instituts für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa e.V., Genshagen
- Dr. Phillip Ther, Europauniversität Viadrina, Frankfurt/Oder
- Wolfgang Thierse, MdB, Bundestagspräsident
- Róża Thun, Vorstandsvorsitzende der Polnischen Robert Schuman Stiftung, Warschau
- William Totok, Autor, Berlin
- Prof. Dr. Stefan Troebst, Universität Leipzig
- Hans-Jürgen Uhl, MdB
- Petr Uhl, Publizist, Prag
- Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a.D., München
- Dr. Marlies Volkmer, MdB
- Andreas Weigel, MdB
- Prof. Gert Weisskirchen, MdB
- Andrea Wicklein, MdB
- Wojciech Wiczeorek, Botschafter a.D. Warschau
- Andrzej Wielowieyski, Senator, Senat der Republik Polen
- Prof. Dr. Ivan Wilhelm, Rektor der Karlsuniversität, Prag
- Prof. Jacek Wozniakowski, Krakau
- Prof. Dr. Heinrich-August Winkler, Humboldt Universität, Berlin
- Monika Zárská, Mitglied des Koordinierungsrates des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums

- Prof. Dr. Klaus Ziemer, Direktor, Deutsches Historisches Institut, Warschau